**Auszug aus der Niederschrift**
**über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 15.05.2025**

**Zu TOP: 7.1**
**Sicherheit**
**Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion**
**Vorlage: gAF 0001/2025**

Anfrage:

1. Welche konkreten Informationen / Erhebungen liegen der Stadtverwaltung über die aktuelle Sicherheitslage in Stralsund vor (z. B. Kriminalitätsstatistiken, Schwerpunkte, Trends / Umfragen zum Sicherheitsempfinden)?

2. Welche Kooperationen in Sicherheitsfragen bestehen zwischen der Hansestadt Stralsund und den Landes- bzw. Bundesbehörden und dem Landkreis, und wie werden diese derzeit genutzt bzw. welche Unterstützung kann die Stadtverwaltung freiwillig den örtlichen Polizeikräften und anderen Sicherheitsbehörden durch den gezielten Einsatz kommunaler Ressourcen bieten?

3. Welche freiwilligen Maßnahmen könnte die Stadtverwaltung grundsätzlich kurz- oder mittelfristig ergreifen, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger deutlich zu erhöhen?

4. Ist der Verwaltung das Programm KOMPASS aus Hessen bekannt und hält die Verwaltung ein solches Konzept auch für Stralsund, bzw. Mecklenburg-Vorpommern für sinnvoll bzw. wurde so etwas schon einmal mit Vertretern der Landesregierung beraten oder dort angeregt, ein ähnlich angelegtes Programm für MV einzuführen?

5. Gibt es Pläne, die Kompetenzen und die Ausstattung des Kommunalen Ordnungsdienstes (z. B. durch Anschaffung von Schutzwesten, Ausweitungen von Schulungen) auszubauen und die Zusammenarbeit mit der Polizei zu intensivieren?

Herr Tanschus beantwortet die große Anfrage wie folgt:

zu 1.:
Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wird jährlich vom Land veröffentlicht und dient als wesentliche Grundlage zur Einschätzung der Sicherheitslage. Im kommunalen Präventionsrat wird die Statistik regelmäßig auf Ebene des Stadtgebiets analysiert und bewertet. Ergänzend findet ein kontinuierlicher Austausch zwischen Ordnungsamt und Polizei statt, um aktuelle Entwicklungen und sicherheitsrelevante Erkenntnisse zeitnah zu erfassen und zu bewerten.

Weitere Hinweise ergeben sich aus den Beobachtungen des Kommunalen Ordnungsdienstes, Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger – beispielsweise über den Mängelmelder – sowie aus dem Austausch mit den Stadtteilzentren.

Eine umfassende Befragung zum subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wurde zuletzt im Herbst 2017 durchgeführt. Das Sicherheitsgefühl stellt einen wichtigen Indikator für Lebensqualität und gesellschaftliches Vertrauen dar. Regelmäßige Umfragen sind ein hilfreiches Instrument, um Stimmungsbilder und Veränderungen frühzeitig zu erkennen und bedarfsgerechte Maßnahmen gezielt zu planen. Vor diesem Hintergrund wäre eine erneute Erhebung aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich sinnvoll.

zu 2.:
Ein regelmäßiger und strukturierter Austausch zwischen dem Ordnungsamt und der Polizei bildet die Grundlage für die Bearbeitung sicherheitsrelevanter Themen. Dieser Austausch findet unabhängig von konkreten Lagen in festgelegten Intervallen statt und kann bei Bedarf lagebezogen intensiviert werden. In diesem Jahr liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der gemeinsamen Vorbereitung und Absicherung von Großveranstaltungen in Stralsund.

Je nach Situation werden weitere Behörden und Institutionen einbezogen – etwa Fachstellen des Landkreises, soziale Dienste, Träger der Jugendhilfe, spezialisierte Fachdienste, die JVA Stralsund oder die Bundespolizei –, um eine koordinierte und effektive Bearbeitung komplexer Lagen zu gewährleisten.

Im Kommunalen Präventionsrat der Hansestadt Stralsund arbeiten Vertreterinnen und Vertreter von Polizei, Staatsanwaltschaft, Justizvollzugsanstalt, Amtsgericht, Landkreis, Stadtverwaltung sowie der Jugend-, Sozial- und Stadtteilarbeit eng zusammen. Ziel ist es, präventive Strategien zu entwickeln, Kriminalitätsursachen frühzeitig zu erkennen und wirksame Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Sicherheit umzusetzen.

Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sachgebiet Verkehrsüberwachung und dem Kommunalen Ordnungsdienst mit dem Polizeihauptrevier. Diese Kooperation ermöglicht gegenseitige Unterstützung bei Streifen und Einsätzen. Für eine erleichterte Präsenz in Altstadt und Hafeninsel stellt die Stadt einen Parkplatz für Einsatzfahrzeuge zur Verfügung. Außerdem unterstützt die Stadt regelmäßig den Dienstunterricht der Polizei mit fachlichen Inhalten.

zu 3.:
Das subjektive Sicherheitsgefühl ist ein wichtiger Indikator für Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in die Verwaltung. Ein sicherer öffentlicher Raum entsteht durch das Zusammenspiel aus Ordnung, Prävention, sozialem Ausgleich und transparenter Kommunikation.

Nachfolgend einige Beispiele für Maßnahmen, die bereits umgesetzt werden oder möglich wären:

**Kurzfristige Maßnahmen (0–6 Monate):**

- Pflege des Stadtbilds und Förderung von Sauberkeit:
    - Nutzung des Mängelmelders durch Bürgerinnen und Bürger und Erledigung durch die Stadtverwaltung
    - Verstärkte Beseitigung von Müll und illegalem Sperrmüll in Kooperation mit dem Landkreis
    - Reinigungsaktionen in Zusammenarbeit mit Schulen und Kindertagesstätten
    - Rasche Entfernung illegaler Graffiti
    - Umsetzung des städtischen Graffiti-Projekts (Details: Graffiti-Projekt Stralsund)
- Sichtbare Präsenz von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst (KOD) durch gemeinsame Streifen

**Mittelfristige Maßnahmen (6 Monate – 3 Jahre):**

- Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung (Thema im Ausschuss für Sicherheit)
- Stärkung der sozialen Arbeit und Präventionsangebote, z. B. durch mobile Jugendarbeit, Programme gegen Jugendgewalt, Drogenkonsum und Obdachlosigkeit
- Förderung von Zivilcourage und Nachbarschaft durch Schulungen und Projekte im Rahmen der Stadtteilarbeit
- Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte bei der städtebaulichen Gestaltung nach dem Prinzip „Crime Prevention Through Environmental Design (CPTED)“ – etwa durch Verbesserung der Übersichtlichkeit in öffentlichen Räumen

zu 4.:
Das hessische Landesprogramm KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) ist der Stadtverwaltung bekannt. Es verfolgt das Ziel, kommunale Sicherheitsstrukturen gezielt weiterzuentwickeln. Im Fokus stehen passgenaue, präventive Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit aller sicherheitsrelevanten Akteure – einschließlich der Bevölkerung.

KOMPASS erfreut sich in Hessen großer Nachfrage: Mehr als 155 von 421 Kommunen nehmen teil. Für ein erfolgreiches kommunales Sicherheitskonzept ist jedoch nicht zwingend ein landesweites Programm erforderlich. Entscheidend sind vielmehr das Engagement und die Kooperationsbereitschaft der lokalen Akteure. Dieses Engagement ist in Stralsund klar vorhanden.

Eine direkte Anregung zur Einführung eines solchen Programms in Mecklenburg-Vorpommern wurde bislang nicht an das Land herangetragen. Die Verwaltung steht einer solchen Initiative jedoch offen gegenüber und würde eine Umsetzung aktiv unterstützen – unter der Voraussetzung, dass die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

zu 5.:
Die Qualifizierung des Kommunalen Ordnungsdienstes erfolgt durch eine Kombination aus internen und externen Fortbildungen. Dadurch wird eine praxisnahe und kontinuierliche Weiterentwicklung der Fachkenntnisse sichergestellt.

Die Ausstattung des KOD wird regelmäßig überprüft. Aktuell besteht kein unmittelbarer Erweiterungsbedarf. Sollte sich ein konkreter Bedarf ergeben, wird eine Anpassung der Ausstattung selbstverständlich geprüft. Die Zusammenarbeit mit der Polizei wird bereits praktiziert und kann je nach Lage- und Einsatzsituation weiter intensiviert werden.

Frau von Allwörden dankt für die Beantwortung. Sie sei erfreut, dass die Hansestadt Stralsund erwäge, eine erneute Erhebung zum Sicherheitsgefühl durchzuführen. Dahingehend erkundigt sie sich nach konkreten Planungen.

Herr Tanschus teilt mit, dass es bislang keine konkrete Planung gebe. Für die Durchführung der Erhebung sei zunächst ein wissenschaftlicher Partner erforderlich. Seitens der Verwaltung sei beabsichtigt, Kontakt zur Universität Greifswald und zur Hochschule in Güstrow aufzunehmen.

Aus den Reihen der Bürgerschaft gibt es keinen weiteren Redebedarf.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 28.05.2025